



„Wenn es gilt, um die Freiheit zu kämpfen – fragt man nicht danach, was morgen kommt“² erklärt die unumstrittene Führungspersönlichkeit der Lübecker Sozialdemokratie, der Reichstagsabgeordnete und langjährige Chefredakteur des „Lübecker Volksboten“ Dr. Julius Leber am 16. Januar 1933 vor republikanischen Demonstranten. Danach handelt er auch: In großer Gefahr und trotz der Möglichkeit zur Flucht harrt er in Lübeck aus. Als er kurze Zeit später verletzt und verhaftet wird, reagieren die Lübecker Arbeiter empört und legen in mehreren Betrieben spontan die Arbeit nieder. Sogar der technische Betrieb des bürgerlichen Konkurrenzblattes „Lübecker General-Anzeiger“ streikt mit. Lebers vorläufiger Weg aus dem Gefängnis wird dann zum Triumphzug. Das Gefängnistor lässt sich kaum vor der Menschenmenge öffnen. Auf und neben den Wagen drängen die Arbeiter in dem Wunsch nach einem Händedruck, ein Aufmarsch, wie er machtvoller seit den Revolutionsjahren 1918 in Lübeck nicht mehr stattgefunden hat.³

Die Lübecker Arbeiter brachten „ihrem Dr.“ und seinen Mitarbeitern vom Lübecker Volksboten uneingeschränktes Vertrauen entgegen. Schon an der Wiege des Volksboten standen im Gründungsjahr 1894 Opfersinn und Gemeinschaftswillen. In Blechbüchsen und Kantinenkassen warfen Arbeiter, Arbeitervereine und Berufsgruppen wie die Lübecker Hafen- und Tabakarbeiter ihre teilweise buchstäblich vom Munde abgesparten Groschen als einen Löwenanteil des Gründungskapitals. Und noch in der Weimarer Republik, als die SPD zur Regierungspartei avancierte, lagen die Einnahmen aus den Abonnements weit über denen der Anzeigen. Die Leser des Volksboten hielten ihr Abonnement im Bewusstsein, damit Parteiarbeit und Zeitungsdruck wesentlich zu unterstützen.⁴

Wichtigste Stimme der Lübecker Arbeiterbewegung. Das Bewusstsein der Mitträgerschaft vieler Gleichgesinnter blieb ein wichtiges Fundament des sozialdemokratischen Blattes, das offiziell als „Offene Handelsgesellschaft Friedrich Meyer & Co.“ firmierte.⁵ Als Gesellschafter des Unternehmens, und zugleich als Aufsichts- und Beschwerdeinstanz, kontrollierten Mitglieder einer „Presskommission“ den technischen, teils auch den redaktionellen Betrieb.⁶ Nur vier Jahre nach Auslaufen des Sozialistengesetzes und den Erfahrungen der Illegalisierung und Enteignung durch den kaiserlichen Obrigkeitsstaat beteiligte sich die SPD nicht unmittelbar an Personen- und Kapitalgesellschaften; nach der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (1900) war sie als „nicht rechtsfähiger Verein“ rechtlich zwingend auf Treuhänder wie Friedrich Meyer als Gesellschafter und deren persönliche Loyalität angewiesen.⁷

Schnell entwickelte sich der Volksbote zur wichtigsten Stimme der Lübecker Arbeiterbewegung. Zum 25-

Markus Oddey: Ein Stück sozialdemokratische Lebenskultur Der „Lübecker Volksbote“ zwischen Weimarer Republik und „Drittem Reich“¹

1 Am Beispiel des „Lübecker Volksboten“ und seinem Chefredakteur Dr. Julius Leber beschäftigt sich der vorliegende Beitrag mit der Stellung einer sozialdemokratischen Parteizeitung und ihren Machern zwischen Markt und Milieu, bzw. Demokratie und Diktatur. Es handelt sich um eine erweiterte Fassung eines gleichnamigen Fallbeispiels aus: Uwe Danker, Markus Oddey, Daniel Roth und Astrid Schwabe: Am Anfang standen Arbeitergroschen. 140 Jahre Medienunternehmen der SPD, Bonn 2003, S. 96-100 (ISBN 3-8012-0334-4). Dieser Band stellt die viel diskutierten Verhältnisse im Unternehmensbereich der Sozialdemokratie aus dessen historischer Entstehung heraus dar.

2 Zit. nach Danker 1999, S. 51. Zum Chefredakteur Dr. Julius Leber vgl. aus der Vielzahl an Titeln Beck 1983, zur Geschichte des „Lübecker Volksboten“ vgl. Pelc 1987 (bis 1919) und Häese 1992 (1945-1969). Der Autor arbeitet an einer Dissertation über die „Presse in Schleswig-Holstein zwischen 1928 und 1950“, die u.a. auch die zeitliche Lücke für die Geschichte des LVB schließt. Wesentliche Quellenbasis für das Fallbeispiel LVB sind die Provenienzen im AHL: NSA, Abt. IV, 1 B und NSA, Abt. IX 3.

3 Vgl. „Unserm Führer Dr. Leber unverbrüderliche Treue! Proteststreik restlos durchgeführt!“, in: LVB vom 3.2.1933.

4 Pelc 1987, S. 273.

5 Die OHG wurde nach einem Mitglied der „Presskommission“ benannt. Vgl. Otto Friedrich: Die Geburt des „Lübecker Volksboten“, in: LVB vom 1.4.1919.

6 Vgl. Pelc 1987, S. 277, zu „Presskommissionen“ allgemein: Danker/Oddey/Roth/Schwabe, S. 208f.

7 Vgl. Danker/Oddey/Roth/Schwabe 2003, S. 208f.

Wullemwever

*De van Lübeck mögen in allen Dagen
Den Dod Führ' Wullemwevers beklagen!*

Nr. 11

Lübeck, den 8. November 1929

Nr. 11



**Der gute alte Havaubist
Der zeigt sich hier vergnüglich
Denn Nazimann und Kommunist
Die helfen ihm vorzüglich**

jährigen Jubiläum im April 1919 war er als sozialdemokratisches Meinungsblatt auf dem Lübecker Pressemarkt fest etabliert. Er verfügte über eine moderne technische Ausstattung und seine Redakteure nahmen führende Positionen in der Lübecker Arbeiterbewegung und in der Ratsversammlung ein.⁸ Julius Leber und seine Kollegen, die wie er selbst nicht als gelernte Journalisten, sondern über die politische Parteilinie ihren Weg in die Redaktion fanden,⁹ schrieben Leitartikel, in denen jede Zeile spritzig war: Dinge wurden beim Namen genannt und zwar ohne Rücksicht auf die Stellung und das Ansehen der Person, auch wenn sie aus der eigenen Partei kam.¹⁰

Die politische Rechte schimpfte der Volksbote „Kapp-Brüder“, „blutrünstig und rachsüchtig“, das Bürgertum „denkfaul und gefräßig“, dessen Helden wie Ludendorff „lächerliche Quichottes für Zirkuspantomime und Kasperletheater“.¹¹ In knappe schlagwortartige Sätze gefasst, locker im Ton, aber scharf in der Sache kommentiert, las sich das gut, prägte sich ein und kam an: So verdoppelte sich die Auflage der Zeitung gegenüber dem Stand von 1914 (7000) bis 1932 (14000).¹²

Im Kampf gegen die „braunen Reitkamele“. Bis 1932 richtete Julius Leber zusammen mit seinem politischen Redakteur und Studienfreund jüdischer Abstammung, Dr. Fritz Solmitz, seine spitze Feder noch fast ausschließlich gegen den bürgerlich-konservativen „Hanseatischen Volksbund“ und den ihm nahe stehenden „Lübecker General-Anzeiger“. Spätestens ab 1932 aber war die Lübecker NSDAP und deren Blatt, der „Lübecker Beobachter“, ihr schärfster politischer und publizistischer Feind. Vor den Reichstagswahlen im Juli rief Leber offen zum Kampf gegen die Nationalsozialisten auf: „Nieder mit dem Hakenkreuz! Verschärft den Kampf! Freiheit!“¹³ Mit diesen Schlagzeilen wurden der „Franzosenendling“ Leber und der „Rassejude“ Solmitz früh zur bevorzugten Zielscheibe der Hetze des nationalsozialistischen „Lübecker Beobachters“. Der drohte beiden im Wahlkampf wiederholt mit offener Gewalt.¹⁴

Die besonders gefestigte Stellung der SPD in Lübeck bot den Volksboten-Redakteuren jedoch Schutz, zunächst auch noch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Januar 1933: In mehreren Artikeln übten Leber und Solmitz offen und polemisch Kritik an den neuen nationalsozialistischen Ministern.¹⁵ Einen auf Drängen lokaler Lübecker Nationalsozialisten initiierten Verbotstrag des Reichsinnenministers Frick lehnte der Lübecker Senat am 14. Februar noch mutig als unzulässig ab, ein 14-tägiges Verbot auf Grundlage der Reichstagsbrandverordnung aber verhinderte er Ende des Monats nicht mehr. Ab dem 20. März erschien der Volksbote wieder, am 1. April 1933 war das Blatt sogar eine von nur noch sechs sozialdemokratischen Zeitungen im Reich.¹⁶

Kontinuität und Wandel. Doch konnte das die Gleichschaltung zum parteiamtlichen Organ der NSDAP im Mai 1933 nicht verhindern. Was die Lübecker Sozialdemokratie über Jahrzehnte wirtschaftlich aufgebaut und sich teilweise buchstäblich vom Munde abgespart hatte,

Linke Seite:

Beilage „Wullenwever“ des Lübecker Volksboten vom 8. November 1929. In einer Karikatur unterhalten ein als Zirkusaffchen verkleideter Nationalsozialist und ein als Wolf kostümierter Kommunist den bürgerlich-konservativen Hanseatischen Volksbund, der als Kamel im Frack mit Wohlstandsbauch und Zigarre klatschend den Takt vorgibt. Die Karikatur zeigt, in welcher Weise der „Volksbote“ den Nationalsozialismus hier noch erkennbar unterschätzte.

8 Vgl. Jubiläumsausgabe des „Lübecker Volksboten“ vom 1.4.1919, Pelc 1987, S. 278.

9 Vgl. Koszyk 1958, S. 130.

10 Vgl. Hermann Bauer: „Unseren Vorkämpfern“, in: „Lübecker Freie Presse“, Nr. 1 vom 3.4.1946.

11 Vgl. „Lübecker Volksbote“ vom 21.4.1921, 12.11.1923, 12.5.1924, vgl. allgemein: Haese 1992.

12 Vgl. Jubiläumsausgabe Lübecker Volksbote vom 31.3.1969, ebenso: Gerhard Eisfeld, Kurt Koszyk: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn 1980, S. 156.

13 Vgl. die Titelseiten des LVB vom 16.7.1932 und 22.7.1932.

14 Vgl. die Titelseiten des LVB vom 19.7. und 21.7.1932 und des LB vom 12.8. und 24.8.1932.

15 Höhepunkt der Kampagne ist der Artikel „Der Skandal im Überwachungsarschuss. So ein Gesindel will uns regieren“, in: LVB vom 8.2.1933.

16 Vgl. AHL, NSA IV, 1 B, 1/27, insbesondere: Reichsminister des Inneren an Senat vom 11.2.1933, Auszug aus Senatprotokoll vom 14.2.1933, Schreiben Senatskommission für Reichs- und Auswärtige Angelegenheiten an Reichsinnenminister des Inneren vom 14.2.1933, Mitteilung des RMI Frick an Senat vom 28.2.1933, RMI an Senat vom 15. März 1933, Verfügung des Lübecker Senats vom 2.3.1933.

17 Zu den Vorgängen von 1933 vgl. AHL, NSA IV, 1 B, 5/22. Einziehung der Geschäftsanteile des „Wullenwever Druckverlages“ und Übertragung des Verlages auf die NSDAP 1933, insbesondere Schreiben Glasmeier an Helm vom 1.7.1933, zur späteren Fusion des LVB mit dem LGA von 1942 vor allem das Entschädigungsverfahren des LGA Verlegers Robert Colemann gegen die „Standarte Verlagsgesellschaft“ vor dem Landgericht Lübeck, vgl. LAS, Abt. 352, Landgericht Lübeck, Nr. 6300.

18 Vgl. Jürgens 1996. Zu Hermann Bauer vgl. LAS, Abt. 761, Nr. 17115-17116. Seit 1931 als ursprünglicher Sportredakteur formal verantwortlich für die Berichterstattung des LVB. Ab dem 10. Mai bleibt Bauer seiner Arbeit beim LVB fern, es folgt die fristlose Entlassung und während der Monate November und Dezember 1933 sowie März 1934 Schutzhaft. Um sich zusätzlich zu einem bescheidenen Ruhegeld weiterhin mit Gelegenheitsarbeit durchschlagen zu können, tritt Bauer 1937 der NSDAP bei, versucht 1946 nochmals bei der „Freien Lübecker Presse“ Fuß zu fassen, stirbt aber, schon zuvor ernsthaft erkrankt, im Oktober 1947.

19 AHL, NSA IV 1 B, 5/22. Einziehung der Geschäftsanteile des Wullenwever Druckverlages und Übertragung des Verlages auf die NSDAP 1933, Schreiben Glasmeier an Helm vom 1.7.1933. mit B. ist der bisherige Geschäftsführer des Wullenwever Verlages Max Blunck gemeint, der neben dem neuen nationalsozialistischen Verlagsleiter Pg. Franz Brandt Leiter des technischen Vertriebs blieb. Noch in der Jubiläumsausgabe des LVB vom 30.4.1938 betonen die nationalsozialistischen Autoren personelle Kontinuitäten. Vgl. hierzu besonders den Artikel von Dr. Hans Steen „Der Granatrichter und seine Insassen“.

20 Vgl. AHL, NSA IV 1 B, 5/22. Schreiben Glasmeiers an Helm vom 1.7.1933, S.4. Zwar wurden offenbar auch eine Reihe nationalsozialistischer Mitarbeiter aus dem Stamm des LVB übernommen, doch nach Ablauf der Probezeit wieder entlassen, vgl. die Fälle der Pg. Jarchau, Seelhoff und des Feuilletonredakteurs Reiher, in: AHL, NSA IV 1 B 5/23b Lübecker Volksbote, Personalien 1933-34.

21 Vgl. AHL, NSA 1 B 5/23 b, Schreiben Senat an den LVB Betriebsobmann Krohn vom 30.12.1933.

22 Vgl. Max Blunck u.a. „An unsere Leser“, in: LVB vom 16. Mai 1933.

23 Vgl. AHL, NSA IV 1 B, 5/22. Schreiben Glasmeiers an Helm vom 1.7.1933.

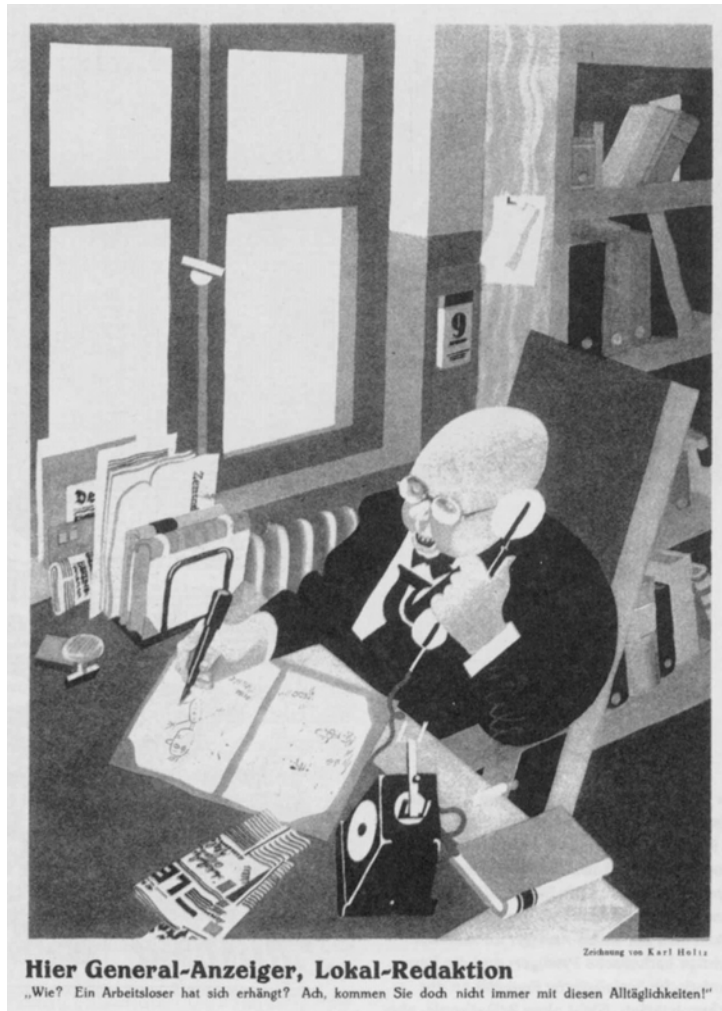
24 Vgl. zu den Schwierigkeiten der Begriffsabgrenzung Danker/Oddey/Roth/Schwabe 2003, S. 209.

25 Vgl. Hermann Bauer „Wir schalten uns ein“, in: FLP vom 3.4.1946.

verlor sie über Nacht an die Nationalsozialisten.¹⁷ Diese Übernahme erlebten Leber und Solmitz nicht mehr in der Redaktion. Schon Anfang März hatte ihnen der für Lübeck eingesetzte Reichskommissar Dr. Völtzer die Mitarbeit untersagt. Beide wurden, genauso wie ihr Kollege Hermann Bauer, in Schutzhaft genommen, Solmitz im Konzentrationslager Fuhlsbüttel in den Tod getrieben.¹⁸ Der Rest der Redaktion, des Verlags und des technischen Betriebs nutzte offenbar die Chance zum „Mitmachen am neuen Staat“. „Es ist nicht die allergeringste Reibung oder Störung vorgekommen. (...) Besonders lobenswert stand (...) der bisherige Geschäftsführer Herr B. zur Seite“, meldete der neu eingesetzte nationalsozialistische „Volksbeauftragte“ für den Volksboten und spätere Chefredakteur August Glasmeier am 1. Juli 1933 an den Leiter des städtischen Nachrichtenamtes.¹⁹ B. (Blunck) sollte auf Wunsch Glasmeiers „als gelernter Setzer und Buchdrucker (...) weiterhin für die zeitungsfachmännische Kalkulation“ verantwortlich bleiben, da er „das gesamte Personal in einer Weise kontrollieren kann, wie das einem Laien gar nicht möglich ist.“²⁰ Und als der nationalsozialistische Betriebsobmann Krohn im Dezember 1933 eine Entlassung der ehemaligen sozialdemokratischen Mitarbeiter Ahrenholdt (Umbruchredakteur), Burmeister (Korrektor) und Georgi (Anzeigenbuchhalter) forderte, verlor er auf Drängen Glasmeiers sein Amt.²¹

Schon am 16. Mai, also bereits nach der nationalsozialistischen Übernahme, hatte sich Verlagsleiter Blunck in einem Aufruf an die alten Leser des Volksboten gewandt und verkündet, erste Aufgabe des Blattes werde weiterhin sein, „die gewerkschaftlichen, sozialen und ständischen Interessen des schaffenden deutschen Volkes“ zu vertreten.²² Durch die Weiterbeschäftigung alter Sozialdemokraten, insbesondere als Zeitungsausträger und durch eine möglichst leise und nach außen unauffällige Umschaltung der Zeitung, etwa durch Festhalten am alten Zeitungstitel, gelang es Glasmeier, von noch gut 12000 Volksboten Abonnenten aus dem Mai immerhin rund 7000 bis in den Juli 1933 zu halten.²³

Neuanfang nach 1945. Nicht vorbelastete und gleichzeitig journalistisch erfahrene Redakteure standen der Lübecker Sozialdemokratie für den Neuanfang 1945 nach den Entwicklungen aus dem Frühjahr 1933 kaum zur Verfügung. Unter neuem Namen, als „Lübecker Freie Presse“, später als „Lübecker Morgen“, knüpfte das Blatt zuletzt nicht mehr als Partei-, sondern als parteinahe Zeitung,²⁴ ausdrücklich an das Vermächtnis seiner „besten Toten Dr. Leber und Dr. Solmitz“ an.²⁵ Eine offenbar unglückliche Auswahl der Lizenzträger und ständige Aus-



Hier General-Anzeiger, Lokal-Redaktion

„Wie? Ein Arbeitsloser hat sich erhängt? Ach, kommen Sie doch nicht immer mit diesen Alltäglichkeiten!“

Unsensibel, fett und faul: Der ordnungsliebende Lokalredakteur des General-Anzeigers will sich nicht mit dem Suizid eines Arbeitslosen befassen und zeichnet stattdessen lieber gelangweilt Strichmännchen. Eine böse Karikatur von Karl Holtz aus der sozialdemokratischen Satirezeitschrift „Der Wahre Jakob“ aus dem Jahr 1930 über die bürgerliche Konkurrenz. Danker/Oddey/Roth/Schwabe 2003, S. 93.

einandersetzungen um die Besetzung des Chefredakteurspostens belasteten das Blatt nachhaltig.²⁶

Anfänglich hohe Auflagen von knapp 83 000 Exemplaren bis zur Währungsreform täuschten. Als die Zeitung nach marktwirtschaftlichen Gesetzen wirtschaften musste, prophezeite der Chefredakteur der bürgerlichen „Lübecker Nachrichten“ seinen Kollegen von der „Freien Lübecker Presse“: Der Tag werde kommen, an dem er sich die gesamte FLP-Auflage unter den Mantel klemmen könne.²⁷ Bis es so weit war, sollten noch zwei Jahrzehnte vergehen. Am 31. März 1969 stellte das Blatt sein Erscheinen ein. Verbittert und zugleich resigniert gegenüber der Leitung des sozialdemokratischen Unternehmensbereiches verabschiedete sich der letzte Chefredakteur Wilhelm Geusendam von seinen Lesern: „Der Zeitungsmarkt hat seine eigenen Gesetze. Wer sie verkennt, wer einmal den falschen Dampfer besteigt, wird den sicheren Hafen nie erreichen. Es hilft nicht unterwegs die Maschine auszuwechseln oder den Anstrich zu

²⁶ Vgl. Haese 1992, S. 248-254.

²⁷ Vgl. LN vom 31. 5. 1949. „Unsere Antwort an die FLP“, Haese 1992, S. 262.

Rechte Seite:

Titelseite des Lübecker Volksboten vom 8.11.1929. Im Kommunalwahlkampf 1929 ist der Lübecker Volksbote, als „Tageszeitung für das arbeitende Volk“, ganz Wahlkampforgan der SPD. Unter dem von bürgerlichen Parteien gefürchteten Signum „Dr. L.“ polemisiert Hauptschriftleiter Julius Leber gegen den bürgerlich-konservativen Hanseatischen Volksbund und gegen das ihm nahestehende bürgerliche Konkurrenzblatt, den „Lübecker-Generalanzeiger“ und dessen Hauptschriftleiter Max Thiele, den Leber als einen weltfremden „Mann im Vollmond“ bezeichnet. Lebers ironisierender Leitartikel legt Zeugnis ab von der Dynamik und der Kampfkraft dieses Mannes und ist charakteristisch für den von Leber geprägten Stil des „Volksboten“, mit dem die lokale Parteikonkurrenz und deren Repräsentanten lächerlich gemacht werden. Politische und publizistische Agitation ersetzt in der ausgehenden Weimarer Republik auch im „Volksboten“ zunehmend die analytische Ursachenbetrachtung.

28 Vgl. Wilhelm Geusendamm „Aufforderung zum Abonnement“, in: „Lübecker Morgen“ vom 31.3.1969.

29 Vgl. Beck 1983, S. 39.

30 Zur Geschichte der sozialdemokratischen Medien in der Weimarer Republik vgl. Appellus 1999, Boll 2002, Brunner 1996, Rupprecht o.J., Danker/Oddey/Roth/Schwabe 2003.

31 Vgl. Otto Friedrich: „Die Geburt des Lübecker Volksboten“, in: Jubiläumsausgabe des LVB vom 1.4.1919.

32 Vgl. Gode Japs: „Leber prägte das Gesicht des Volksboten“, in: Lübecker Morgen“ vom 31.3.1969.

erneuern. Kein Hubschrauber kann ihn retten, in dem er einen Sack Gold auf sein Deck abwirft.“²⁸

Nicht nur Wilhelm Geusendamm wusste, dass der Markt für eine parteinahe sozialdemokratische Meinungspressen 1969 längst tot war. In der Weimarer Republik war das noch ganz anders gewesen: Ein Abonnement des Volksboten galt, genauso wie der Sport im Arbeiterturnverein und die Einkäufe beim Konsumverein, unter den Lübecker Arbeitern, und zwar nicht nur für die Parteimitglieder unter ihnen, als Ehrensache; beim Volksboten zu arbeiten, bedeutete nicht Warten auf den Feierabend, sondern häufig noch stundenlange Diskussionen nach Redaktionsschluss im Druckhaus, das für viele mehr Lebenszentrum als einfach nur Arbeitsstelle war. Jeder Arbeiter beim Volksboten trug engagiert seinen Anteil dazu bei, die Freie Stadt Lübeck zu einer Republik in der Republik zu machen – mit durchweg besseren Wahlergebnissen für die Sozialdemokratie als im Reich.²⁹

Zwischen Milieu und Markt. Mit diesem engagierten, rigorosen Kurs eckten die Redakteure des Volksboten teilweise auch beim Parteivorstand der SPD an. Nachdem die SPD 1919 Regierungspartei geworden war, brachen in ihren Medien Zielkonflikte auf: Journalismus sollte weiterhin nicht gefälliger Selbstzweck, sondern Teil der sozialistischen Erziehungsarbeit sein, gleichzeitig sollten sozialdemokratische Zeitungen aber den Wandel der SPD zur staatstragenden Partei mittragen und auf der Linie des Parteivorstandes berichten, zusätzlich neue Wähler werben und Geld verdienen, indem sie ausdifferenzierte, zeitgemäße Leserbedürfnisse nach Unterhaltung und Anzeigen befriedigten. Auch der Volksbote stand jetzt zwischen Markt und Milieu und damit vor einer schweren Aufgabe, die kaum lösbar war: Alte, parteitreue Leser durften nicht verprellt, gleichzeitig aber sollten Angestellte und Beamte als neue SPD-Wähler gewonnen und Anzeigenkunden aus der bürgerlichen Privatwirtschaft gewonnen werden.³⁰

Die Redakteure des Volksboten bezogen in diesem Spannungsfeld gegenüber der neuen eingeforderten Geschäftspolitik eine klare Position, wollten in Anlehnung an Lebers Vorgänger auf dem Posten des Chefredakteurs, Otto Friedrich, bis 1919 weiterhin „ein Hüter im Weinberge des Sozialismus“³¹ sein, sahen sich als ein fester Bestandteil des tradierten Alltags: ein Stück sozialdemokratische Lebensart und milieugebundene Weltwahrnehmung „von der Wiege bis zur Bahre“: Die Volksbotenredaktion wollte in erster Linie nicht Inseratenplantagen füllen, sondern, wie später auch der junge Willy Brandt, unter der schützenden Hand Lebers weiterhin Anwalt der Lübecker Arbeiterschaft bleiben. Eine Öffnung des Anzeigenteils lehnte die Weimarer Volksbotenredaktion daher lange – und auch länger als ihre Kollegen von der sozialdemokratischen Volkszeitung aus Kiel – als bürgerlichen Durchschnittsgeist und passive Mittelmäßigkeit ab. Das war eine offene Kampfansage an „die Schundblätter, die um des schnöden Mammons willen längst vergessen haben, für das arbeitende Volk einzutreten.“³² Da man parteikritisch be-

Der Lübecker Volksbote erscheint am Samstag jeden Donnerstag abnormenentschied mit illustrierter Beilage „Volk und Zeit“ frei Haus halbjährlich 1.10 Reichsmark, durch die Post bezogen pro Monat 2.10 Reichsmark einschließlich Postgebühren Einzelnummer 15 Reichspfennig



Verlagspreis für die neuangestellte Werbemerkmal 10 Reichspfennig, bei Werbeanzeige, Vereins-, Arbeits- und Wohnungsangelegen 8 Reichspfennig. Resten die drei gebildeten Mittelmerkmale 60 Reichspfennig. Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernsprecher: 25 251, 25 252, 25 253.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 262

Freitag, 8. November 1929

36. Jahrgang

Der Mann im Vollmond!

Dr. L. Büdels, 8. November

Jedem im Mond wohnt ein Männlein! Jemlich einfach und verlassen träumt es für gewöhnlich von politischen und unpolitischen Märgen. Um dann von Zeit zu Zeit, besonders in Vollmondnächten, in die verschimmelten Bureauräume des Vö. Gen. Ang. niederzulegen und eins oder das andere seiner Märgen von sich zu geben. So etwa im Still geschicht das dann: Großmütterlein also erzählte heute morgen dieses Märgen:

„Es war einmal ein Kaufmann, der verdiente ganz gut und lebte recht und froh mit seiner Familie. Seine Frau war fromm und seine Kinder wohlzuerzogen. Dann starb seine Frau, die Kinder vererbten, das Geschäft ging zurück: er nahm eine neue Frau. Die hatte ihn ganz in der Gewalt und sie forzte dafür, daß ein großes Haus gebaut wurde, daß keine Hauslehrer für die Kinder angestellt wurden, daß viele Reisen getan wurden, daß man herlich und in Krügen lebte. (Die Geschäfte gingen zurück.) Und die Frau, die das viele Geld ausgab, die tat den Mund weit auf und rühmte das glückliche und ideale Leben der Familie. Sie ging es ihre Keller, sie wurde mehr für die Kinder getan, sie mehr für die eigene Ausbildung. Und eines Tages war der Kaufmann pleite. Und die gute Ausbildung nützte nichts und das schöne Haus mußte verkauft werden, die Frau verirrte über alle Berge...“

Ein herrliches Märgen! Nicht wahr? — Wer ist denn die Frau, die über alle Berge reist, liebes Männlein im Mond? Reinen Sie damit wirklich Mühseln?

Das Märgen ist also reichlich an der. Darf ich Sie ein bißchen klarer darstellen? Es war tatsächlich mal eine Firma, der es ganz gut ging. Aber ihre verantwortlichen Leiter ließen sich auf viele Spekulationen ein, und als der Zusammenbruch der Firma eingetreten war, verteilten die Verantwortlichen über alle Berge. Andere mühten die bankrotte Firma übernehmen, um zu retten, was zu retten war. Die Ausgetretenen aber schloffen höhnisch hinter ihren Bergen hervor und machten sich lustig darüber, daß die Firma nach dem Bankrott nicht mehr so gut ging wie vorher. Und sie rebeten triumphierend mit Spöngelstcher von dem schönen und herrlichen Leben, das vor dem Bankrott möglich war, und von der Armut, die nachher eingetreten sei. Nur von einem redeten sie kein Wort mehr: Von dem Bankrott, den sie selbst durch gewissenlose Spekulationen herbeigeführt hatten.

Sehen Sie, Herr Männlein aus dem Mond, wie können sich erzählen! Nur mit dem Hintergeden, daß andere Erzählung Wahrheit ist, Ihre aber ein Märgen.

Und weiter Herr L., vor einigen W. als Sie gezwungen waren, größte Politik zu machen und Ihren Freund Stresemann zu verteidigen, da haben Sie alle Dinge so dargestellt, daß Sie unsere Erzählung befähigten. Das war große Politik! Die kleine Politik aber, die Sie hier dem Vö. B. mitteilen machen müssen, die befähigen Sie mit Märgenanzählungen. Sie müssen also doch sehr genau den Unterschied zwischen Märgen und Wahrheit! Unser Kompliment! Erzählen Sie ruhig weiter die verlogenen Märgen Ihrer Vö. B.-Beilage.

Das macht wirklich Spaß, so die Tänze mitanzusehen, die die Vö. B.-Beilage ausführen müssen. Im Interesse ihrer so mühseligen Volksgemeinschaft. Was spielen A. B. diese festlichen ständlichen Volksparteier, die Nationalsozialisten, die Stresemann und andere Führer als Bundeserzähler, die Stresemann heißen beschimpfen, die auch in Vö. B. in der härtesten Weise die vö. B. parteilichen Senatoren als politische Vö. B. und gewissenlose Betrüger bezeichnen?

Wörtlich steht in der ersten Kammer des „Adlers“ zu lesen: „Anders steht es bezüglich der Nationalsozialisten. Der Nationalsozialismus als extreme Partei hat einen Vorprung vor allen politischen Richtungen. Er hat es verstanden, die gärende Jugend unseres Volkes für politische Fragen zu interessieren. Das ist sein besonderes Verdienst.“

Also, nicht mehr tun diesen wideren Valentinsbriefchen, denn viele von ihnen sind die nächsten politischen Freunde der Vö. B. ich, die auf der Vö. B.-Seite stehen. Ja, man hat schon seine Sorgen, wenn man so eine Einheitsliste hat, wenn man ein Kamel mit einer Maus, ein Kängurus mit einem Affen paaren muß. Und man hat schon seine Sorgen, wenn man zwei Tage nach der Wahl die sozialdemokratischen Stimmen für eine havabundistische Senatswahl braucht!

Senatswahl? Der Vö. B. sagt über diese Senatswahl kein Wort. Nur immer laut darauf los verächtlich er, daß er für eine weitere Verminderung des Senates eintritt. Wir wollen die Diskussion über dieses Thema nicht weiter ausspannen. Nur eine Frage: Ist es dem Vö. B. ernst mit dieser Verminderung? Die Sozialdemokratie ist bereit — am nächsten Dienstag auf eine Senatswahl zu verzichten.

Wir bitten um förmliche und klare Antworten über frühere Wahlen. Bitte Siehe Sie ja, ja — nein, nein!

Und die Sache mit der Schwabensicht? Oberfaul! Wäre zu fällig ein Sozialdemokrat Schwabener — wie würde der Gen. Ang. loben, daß er überflüssig sei. So aber —

Zum Schluß spricht das Männlein aus dem Mond noch von den verschiedenen Erzählungen, die der Wahlkampf geboten habe. Wir wissen nicht, was er unter Erzählungen versteht. Wenn es die Mißjahre, die der ihm so nahestehende Adler ausführt, als wohlthuend empfindet — über den Geschmack kann man nicht streiten. Und wer weiß, auf dem Mond lebt man einen ähnlichen Duft vielleicht.

Der Wahlkampf geht seinem Ende entgegen. Ganz Vö. B. hatte sich seitdem über die jochige Art, wie bisher der Kampf geführt wurde. Der Vö. B. hat in den letzten Tagen einen neuen Ton hereingebracht, hat verkehrterweise und lautenbald widerlegte persönliche Schmähartikel in die Debatte geworfen. Offenheit ist man sich in der Vö. B.-Zeitung klar darüber, daß heute schon selbst viele bürgerliche Kreise der Meinung sind, daß der Vö. B. im „Wahlkampf“ zu entzweifelnde Fehler gemacht hat, daß er ihn als verloren betrachten kann. Und der verlorene Wahlkampf schreitet in diesem Falle schon die verlorene Wahl. Der moralischen Niederlage des Vö. B. wird am Sonntag die jahrmehlige folgen. Das Recht heute so fast wie das Amen in der Kirche. Und daran werden alle Märgenanzählungen des General-Anzeigers nicht das geringste ändern.

Was schließlich der Märgenanzähler selbst genau weiß! Wer seine entlegenen Berichte seit Wochen aufmerksam verfolgt, der weiß, daß er an seine Sache nicht mehr glaubt!

Und — wo bleibt die Antwort wegen der Defraudanten und Betrüger, die auf der Vö. B.-Seite stehen? Wir sind überzeugt, der Vö. B. wird keine Antwort geben. Aber das Volk, die Lübecker Arbeiter und alle unabhängig gekanteten Bürger unserer Stadt werden diese Antwort geben —
Hörnerstein!

Offene Warnung an den Vö. B.

In seinem „Adler“, der sich bisher als eine fleißige Arbeit erweisen hat, beginnt der V. B. — wahrscheinlich weil er nicht eine einzige positive Leistung aufweisen kann — wieder mit einem Schmutzkampfe nach der Wiener Hofzeitsung.

Dieselben Kreise haben hinter diesen Methoden, die jahrelang in der bürgerlichen Welt des Lübecker Volksboten der persönlichen Seite bejubelt haben.

Der V. B. hat vor drei Jahren diesen Wahlkampf der moralischen Verurteilung bis zum Überdruß gelüht. Alle anständigen Menschen hätten glauben, daß dieses Schauspiel sich niemals mehr wiederholen würde. Nun ist die Wählzeitung des V. B. offenbar unter Einfluß gewisser halbpolitischer Kreise wieder mitten drin in Dreck und Schmutz.

Die Sozialdemokratische Partei wird sich diese Methoden nicht länger gefallen lassen. Sämtlich „Adler“ mit dieser Art Wahlkampf nicht auf, läßt er fort mit der geschäftlichen und persönlichen Verunglimpfung sozialdemokratischer Führer, so werden wir Gegenmaßnahmen ergreifen.

Der V. B. hat wohl ganz genau, wieviel in seinen Reihen Handlung und moralisch faul ist. Götter mit diese Dinge auch zu politischen Zwecken mißbrauchen? Wir haben es bisher immer weit von uns gehalten, solche persönlichen Dinge, die mit sozialistischer Politik nicht das mindeste zu tun haben, in der Öffentlichkeit auch nur zu ergabieren.

Wir, meine Herren, was dem einen recht, ist dem andern billig. Sehen Sie sich vor!

Einkaufsen überlassen wie die Bezeichnung des Vö. B.-Wahlkampfes jenen bürgerlichen Kreisen, die auch im politischen Kampf Gehör für uneheliche Geschäftlichkeit haben.

Die Arbeiterzeitung aber hat für die Sozialdemokratische Partei vor Beschäftigung. Sie hat darauf vor drei Jahren die richtige Antwort gegeben. Sie wird es auch diesmal wieder tun!

125 Todesopfer der Vulkankatastrophe in Guatemala

1929, Montag, 8. November
Durch den Ausbruch des Vulkans „Santa Maria“ in Guatemala ist die Umgebung vollkommen zerstört worden. Nach einem Bericht aus der Stadt Guatemala sind bisher 125 Todesopfer und über 200 Verletzte zugetötet. 25 000 Personen sind durch die Katastrophe in Mitleidenschaft gezogen.

Verhaftung des Schriftstellers Martin Peter Laupel

1929, Berlin, 8. November
Der Schriftsteller Martin Laupel, dessen Namen wegen ihrer realistischen Darstellung widerrechtlich Verurteilung zu Ausgrenzungen gegeben hatten, wurde heute früh von der Berliner Polizei wegen Hochverrats verhaftet. Laupel, gebürtig der Organisation „Östern“ an und war später Mitglied des schwarzen Reichswache in Berlin. Er wird beschuldigt an einem der Hauptwerke beteiligt zu sein.

Heute!

ZU!

Breitscheid

Ins Gewerkschaftshaus

Morgen!

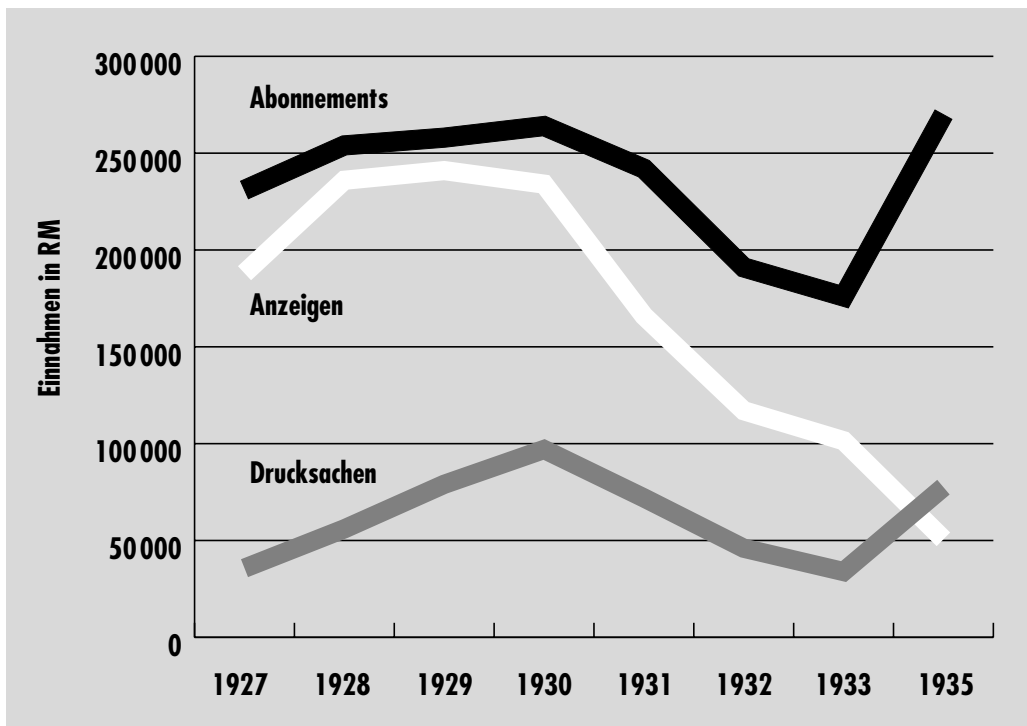
ZU

Stelling

Massenkundgebung auf dem Markt

Nicht Herr, nicht Knecht! Ein freies Geschlecht

Wahl Liste **2**



Kassenabschlüsse des Lübecker Volksboten 1927-1935³⁰.

richten wollte, verzichtete die Volksbotenredaktion teils stolz auf Darlehen des Parteivorstands und der „Konzentration AG“; der 1925 installierten Dachorganisation sozialdemokratischer Unternehmen.

Mit ihrer Überzeugung banden die Volksbotenredakteure weiterhin einen festen Stamm überzeugter Sozialdemokraten aus der klassenbewussten Arbeiterbewegung, nicht aber die Mehrheit der Bevölkerung und außerhalb Lübecks zunehmend auch nicht mehr die Mehrheit der Arbeiterklasse an ihre Zeitung. Der schneidige politische Artikel und die interessant geschriebene politische Glosse waren ohne Zweifel etwas Ideelles, um aber die breiten Massen zu gewinnen, fehlte weiter der lokale und unpolitische bunte Allerwelts-Nachrichtenteil. Und vor allem Frauen aus Familien, die der Sozialdemokratie nahe standen, aber keine Parteimitglieder stellten, bestanden oft darauf, den bürgerlichen Lübecker General-Anzeiger zu abonnieren, in der schon die Tauf-, Verlobungs- und Todesanzeige des seligen Großvaters gestanden hatten. Nicht nur bei den Familienanzeigen musste sich der Volksbote damit auch in der Weimarer Republik weiterhin von den Krümen ernähren, die die bürgerliche Generalanzeigerpresse vom Tisch fallen ließ.³³

³³ Vgl. Danker/Oddey/Roth/Schwabe 2003, S. 78f.

Als Folge der weitgehend kompromisslosen Haltung seiner Redakteure sah die finanzielle Lage des Volksboten in den letzten Jahren der Weimarer Republik noch schlechter aus als die vieler anderer sozialdemokratischer Zeitungen im Reich. Das rief den Parteivorstand und die „Konzentration“ auf den Plan, die am 27. Dezember 1928 die „OHG Buchdruckerei Friedrich Meyer & Co“ zur „Wul-

lenwever Druckverlag GmbH“ umwandelte, mit Max Blunck einen neuen Geschäftsführer einsetzte und das Stammkapital von 20 000 auf 220 000 RM erhöhte, um den Betrieb modernisieren zu können.³⁴ Wie auch bei der zeitgleichen Modernisierung anderer sozialdemokratischer Unternehmen waren Parteivorstand und „Konzentration“ vor allem an der rechtsverbindlichen Regelung der Eigentumsfrage interessiert. Der § 1 des neuen Gesellschaftervertrages vom 15. Januar 1929 stellte fest: „Die Gesellschafter sind Treuhänder der SPD, die auf den Namen des Gesellschafters eingetragenen Geschäftsanteile sind Eigentum der SPD Deutschland.“³⁵

Vor allem aufgrund der wirtschaftlichen Umstrukturierung konnten die Geschäftsjahre 1929 und 1930 mit einem satten Reingewinn, insbesondere bei Abonnements und Drucksachen, abgeschlossen werden, wohingegen bei den Inserenteneinnahmen schon wieder Abstriche gemacht werden mussten. Am Ende des Geschäftsjahres 1931 arbeitete der Volksbote bereits wieder mit einem Verlust.³⁶ Erst nach 1933 verbesserten die neuen nationalsozialistischen Besitzer die Bilanzen zumindest in den Geschäftsbereichen Abonnement und Drucksachen – allem Anschein nach mit entsprechendem politischen Druck, indem etwa der neue Chefredakteur Glasmeier ein Zwangsabonnement des Volksboten für jeden Beamten und jedes NSDAP-Mitglied in Lübeck forderte. Die starke lokale Konkurrenz des bürgerlichen Traditionsblattes „Lübecker General-Anzeiger“, in dem weiterhin die Masse der Familienanzeigen erschien, die Forderungen lokaler Parteifunktionäre, die gleich über mehrere Zeitungsspalten hinweg etwas Trockenes zu verkünden hatten, und ab 1935 auch Zwangsabgaben an den nationalsozialistischen „Eher-Verlag“ belasteten aber weiterhin die Geschäftsentwicklung.³⁷ Der Volksbote hatte trotz aller Unterschiede nach wie vor mit altbekannten Problemen zu kämpfen.

Leitfigur der Lübecker Sozialdemokratie: Dr. Julius Leber. Die kraftvollste Persönlichkeit, die während der 75-jährigen Geschichte des Volksboten auf dem Stuhl des Chefredakteurs saß, war ohne Frage die Leitfigur der Lübecker Sozialdemokratie Dr. Julius Leber. Zwölf Jahre – von 1921 bis 1933 – prägte er das Gesicht des Volksboten, war daneben Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, seit 1924 Reichstagsabgeordneter und nach 1928 Parteivorsitzender der SPD in Lübeck. Lebers Beiträge im Volksboten wurden damals von den Lübecker Sozialdemokraten genauso begeistert gelesen wie seine mutigen Reden gehört wurden, in denen er mit dembürgerlich-konservativen „Hanseatischen Volksbund“ oder der NS-Bürgerschaftsfraktion abrechnete.³⁹

Am Abend des 30. Januar 1933 geriet Leber auf dem Heimweg in eine Schlägerei mit uniformierten Lübecker Nationalsozialisten. Leber erinnerte sich später: „In meiner Angst versuchte ich zu rufen, aber ich brachte keinen Ton heraus. Mit herabhängenden Armen blieb ich stehen. (...) Der erste Schlag traf mein

34 Vgl. AHL, NSA IV, 1B, 5/22 Einziehung der Geschäftsanteile des Wullenwever Druckverlages und Übertragung auf die NSDAP, Erklärung des zuständigen Bücherrevisors Heinrich Moll, S. 1 und Schreiben des für die NSDAP auftretenden Rechtsanwalts, Dr. Georg Währer, der auch gleichzeitig als nationalsozialistischer Staatskommissar fungierte, an den Leiter des städt. Nachrichtenamtes Helm, S. 4 vom 13. Juli 1933. Zu Währer vgl. Behrens 1998, S. 183.

35 Vgl. AHL, NSA IV, 1B/ 5/22. Schreiben Währer an Helm, S. 4. Stammanteile halten: A. Haut, W. Wegner, Dr. Prieth, J. Wirthel und die „Konzentration AG“, Berlin. Die Treuhänderanteile werden am 18. August 1933 auf die Lübecker NSDAP-Kreisleiter Schröder und Fredrich sowie den stellvertretenden Gauleiter für den Gau Mecklenburg, Rudolf Schildmann, übertragen, vgl. AHL, NSA IV 1B 5/22, Auszug aus Senatsprotokoll der Stadt Lübeck vom 18. August 1933. 1935 werden die Anteile von Schröder und Fredrich an Senator Dr. Hans Böhmer als direkter Treuhänder des nationalsozialistischen Eher-Verlages (über die Treuhand „Standarte“ Verlagsgesellschaft), 1937 werden die Anteile der Gauleitung Mecklenburg an den Gauleiter von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, übertragen, vgl. AHL, NSA IX, 3/23 Lübecker Volksbote, Verschiedenes 1933-1936.

36 Vgl. AHL, NSA IV 1 B, 5/22, Erklärung des zuständigen Bücherrevisors Heinrich Moll, S. 6.

37 Vgl. AHL, NSA IX, 3/26-26a Kassenabschlüsse „Lübecker Volksbote“ 1933-37, 1938-1940.

38 Quellenbasis: Impressum „Lübecker Volksbote“, Jahrgänge 1934-1939 (LB Kiel: Film 263), AHL, NSA IV 1 B, 5/22 Bericht über die Verhältnisse beim „Lübecker Volksboten“ vom 4.8.1933, AHL, NSA IX, 3/23 Protokoll einer Gesellschafterversammlung der „Wullenwever Druckverlag GmbH“ in Lübeck am 14.6.1937 und vom 13.7.1938, AHL, NSA IX, 3/26-26a Kassenabschlüsse „Lübecker Volksbote“ 1933-37, 1938-1940.

39 Vgl. Gode Japs: „Leber prägte das Gesicht der Zeitung“, in: „Lübecker Morgen“ vom 31.3.1969.

40 Prozessaussagen nach „Lübecker General-Anzeiger“ vom 27.5.1933, vgl. auch Beck 1983, S. 129f.

41 Prozessbericht im LGA vom 28.5.1933.

42 Vgl. Beck 1983, S. 140f.

43 Vgl. ebd., S. 150-155.

44 Vgl. ebd., S. 55, S. 162-164.

45 Vgl. Gode Japs: „Leber prägte das Gesicht der Zeitung“, in: Lübecker Morgen vom 31.3.1969.

46 Zit. in Danker 1999, S. 52.

ungeschütztes Gesicht und zwar die Stirn. (...) Ich erhielt noch 10-12 wuchtige Hiebe, die sämtlich blutende Spuren hinterließen. (...) Ein blanker Gegenstand ritzte mein Augenlid auf und brachte mir eine Wunde am Nasenbein bei. Ich konnte vor Blut kaum noch etwas sehen.“⁴⁰ Auf dem Weg zur berüchtigten Reichstagsitzung, auf der das Ermächtigungsgesetz verabschiedet wurde, wurde Leber festgenommen. Die Zeit bis September 1933 verbrachte er in Untersuchungshaft. Am 27. Mai folgte das Urteil: 20 Monate Gefängnis, da das Gericht Notwehr nicht anerkannte.⁴¹

Schon am 8. Mai war Leber von zwei SA-Männern aus dem Lübecker Gefängnis geholt worden, berichtete später Lebers Frau: „Auf weiter Strecke, fern von jedem Getriebe, hielt das Auto an. Er bekam den Befehl, auszusteigen. Doch keine Drohung erschütterte ihn in seiner Ruhe und Beharrlichkeit, mit der er darauf bestand, im Wagen sitzen zu bleiben. Schließlich nahmen seine Begleiter wieder im Wagen Platz.“⁴² Nach seinem Haftende im August 1934 wurde Leber in „Schutzhaft“ genommen und bis Mai 1937 in die Konzentrationslager Esterwegen und Sachsenhausen verschleppt. Dort verbrachte er drei Monate in Dunkelhaft, ohne Pritsche, Stuhl, Tisch, Beschäftigung, Ausgang und warmes Essen.⁴³

Gezeichnet, aber nicht gebrochen, suchte Leber nach seiner Entlassung die Anonymität der Großstadt Berlin, wo er über alte sozialdemokratische Freundschaften wieder in ein soziales Netzwerk eingebunden war. Leber hatte sich längst zu einem scharfen Kritiker am Marxismus als Parteitheorie der deutschen Sozialdemokratie entwickelt und öffnete sich zunehmend bürgerlichen Widerstandskreisen,⁴⁴ etwa jenem um Graf von Moltke, dem sogenannten „Kreisauer Kreis“: Erst im Oktober 1943 aber übernahm er eine führende Rolle im aktiven Widerstand gegen das NS-Regime. Schon kurz vor dem Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 verhaftet, endete Lebers Weg vor dem Volksgerichtshof, der ihn Ende Oktober zum Tode verurteilte. Noch kurz vor seiner Hinrichtung am 5. Januar 1945 ließ Leber seine Freunde wissen: „Für eine gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, dass alles so und nicht anders ausgegangen ist.“⁴⁵ Lebers mutiges, tapferes und gefasstes Auftreten beeindruckte – sogar den obersten NS-Blutrichter Roland Freisler. Der nannte Leber die „stärkste Erscheinung am politischen Firmament des Widerstandes.“⁴⁶

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalien

Archiv der Hansestadt Lübeck (AHL)

NSA Neues Senatsarchiv: Innere Verwaltung Abt. IV 1 B Gruppe 1:
Öffentliche Ordnung, Allgemeines, Verschiedenes, Gruppe 5 Po-
litische Polizei, Unruhen, Aufstände; Abt. IX, 3, Kunst und Wis-
senschaft

Landesarchiv Schleswig (LAS)

Abt. 352 Landgericht Lübeck (Entschädigungsverfahren)

Abt. 761 Sozialministerium (Wiedergutmachungsverfahren)

Zeitungen

(sämtlich aus dem Bestand der Landesbibliothek Schleswig-Hol-
stein in Kiel)

„Lübecker Volksbote“ (Film 263), insbesondere die Jubiläumsaus-
gaben vom 1.4.1919 (25 Jahre), vom 31.3.1969 (75 Jahre), vom
30.4.1938 (5 Jahre Lübecker Volksbote) sowie die erste Nach-
kriegsnummer der LFP vom 6.4.1946)

„Lübecker General-Anzeiger“ ((Film 249), insbesondere die Jubi-
läumsausgaben vom 15.7.1931 (50 Jahre), 14.7.1957 (75 Jahre
Lübecker Nachrichten) und vom 17.9.1982 (100 Jahre Lübecker
Nachrichten))

Literaturliste

Appelius, Stefan: Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen
1999.

Beck, Dorothea: Julius Leber, München 1983.

Behrens, Beate: Mit Hitler zur Macht. Aufstieg des Nationalsozialis-
mus in Mecklenburg und Lübeck 1922-1933, Lübeck 1998.

Boll, Friedhelm: Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Medien,
wirtschaftliche Dynamik und rechtliche Formen, Bonn 2002.

Brunner, Detlev: 50 Jahre Konzentration GmbH. Die Geschichte ei-
nes sozialdemokratischen Unternehmens, Berlin 1996.

Danker, Uwe: Zeitungen im 20. Jahrhundert, in: Ders.: Jahrhundert-
story, Band 3, Flensburg 1999.

Danker, Uwe, Oddey Markus, Roth, Daniel und Schwabe, Astrid:
Am Anfang standen Arbeitergroschen. 140 Jahre Medienunter-
nehmen der SPD, Bonn 2003.

Göhring, Mario: Von Zeitungsverboten, Gleichschaltung und dem
„Kampf um die Leserschaft“: Methoden der „Nazifizierung“ der
Presse zwischen 1930 und 1934 am Beispiel ausgewählter Zei-
tungen aus Kiel, Lübeck und Flensburg, Kiel 1994.

Gehrmann, Wolf: Britische Presse- und Informationspolitik in
Schleswig-Holstein 1945-1949, Kiel 1993.

Haese, Ute: Die „Lübecker Freie Presse“; in: Verein für lübeckische
Geschichte und Altertumskunde, Bd. 72, 1992, S. 241-264.

- Haese, Ute/ Prawitt-Haese, Torsten: Dem Leser ein fester Halt in schwerer Zeit. Die Schleswig-Holsteinische Pressegeschichte 1945-1955, Kiel 1994.
- Jürgens, Christian: Fritz Solmitz – Lokalredakteur und Widerstandskämpfer, Lübeck 1996.
- Koszyk, Kurt: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958.
- Koszyk, Kurt/ Eisfeld, Gerhard: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn 1980
- Ortwin Pelc: Die Anfänge der sozialdemokratischen Presse in Lübeck, S. 255-278, in: Paetau, Rainer/Rüdel, Holger (Hg.): Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987.
- Rupprecht, Adolf: Die Geschichte der Wirtschaftsbetriebe der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, o.O., o.J. (1961).

Abkürzungsverzeichnis

- AHL Archiv der Hansestadt Lübeck
 LAS Landesarchiv Schleswig
 LB Lübecker Beobachter
 LFP Lübecker Freie Presse
 LGA Lübecker General-Anzeiger
 LVB Lübecker Volksbote
 NSA Neues Senatsarchiv
 OHG Offene Handelsgesellschaft
 RMI Reichsminister des Inneren